

# HAVEL BRANDUNG

Winterausgabe 2009

Die linke Zeitung  
für Brandenburg an der Havel

## Gemeinsinn & Erneuerung: Ein Brandenburg für alle

Mehr als eine Chance: DIE LINKE und SPD tragen jetzt gemeinsam Verantwortung für das Land Brandenburg

Brandenburg wird rot. So stand es auf Wahlplakaten der Partei DIE LINKE. Jetzt, nach der Landtagswahl, ist Brandenburg rot. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall wird unser Land von einer rot-roten Regierung geführt. Denn die Mehrheit der Wähler in Brandenburg hat links von der sogenannten Mitte gewählt. 57 der 88 Abgeordneten des neugewählten

Landtages gehören der SPD und LINKEN an. Sozialdemokraten und Sozialisten tragen jetzt gemeinsam Verantwortung für die Geschicke unseres Landes.

Der Weg hin zu dieser Verantwortung war nicht einfach. Der Weg in dieser großen Verantwortung wird es noch weniger sein. Aber es ist mehr als eine Chance. „Es ist Zeit, Vieles neu zu ordnen. Bran-

denburg, Deutschland und die Welt stecken in einer tiefen Krise. Deren Folgen müssen begrenzt und die Bürgerinnen und Bürger vor ihnen geschützt werden.“

Diese Sätze aus dem Wahlprogramm der LINKEN umreißen die Dimension und Schwierigkeit, das Land in den kommenden fünf Jahren zu führen und zu gestalten. L.K.

*Wir wünschen Ihnen ein besinnliches  
Weihnachtsfest und einen guten  
Start in das Jahr 2010!*



Die Redaktion  
der Havelbrandung



Glücklich über einen gemeinsamen Koalitionsvertrag: Günter Baaske, Matthias Platzeck, Kerstin Kaiser und Thomas Nord (v.l.n.r.)

### Koalitionsvertrag mit linker Handschrift

- Schaffung von 8.000 öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen durch die Bereitstellung von 40 Millionen Euro
- Einführung eines Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge mit einer Mindestlohngrenze von derzeit 8 Euro pro Stunde
- Neueinstellung von 1.250 Lehrern und Wahrung der bestehenden Schüler-Lehrer-Relation
- Keine Einführung von Studiengebühren
- Weiterförderung der Musikschulen
- Weiterführung des 510-Stellenprogramms für Jugend- und Jugendsozialarbeit
- Stopp bei der Amtsgerichtsreform, damit vorläufig keine Schließung von Amtsgerichtsbezirken
- Übernahme aller in der Ausbildung befindlichen Personen in den Polizeidienst



**Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Anita Tack**, geboren 1951 in Dresden, Feinmechanikerin, Dipl.-Ing. für Städtebau und Regionalplanung



**Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Ralf Christoffers**, geboren 1956 in Rostock, Dipl.-Gesellschaftswissenschaftler, Schiffbauer, Schlosser



**Minister der Finanzen, stellvertretender Ministerpräsident, Dr. Helmut Markov**, geboren 1952 in Leipzig, Buchhändler, Dipl.-Ing. für Automatisierung



**Minister der Justiz, Dr. Volkmar Schöneburg**, geboren 1958 in Potsdam, Dipl.-Jurist, Rechtsanwalt

# Diana Golze erstellt Fragenkatalog

Abgeordnete Diana Golze fragt Bürgerinnen und Bürger zu Problemen in der Kommune

Zufrieden mit der Politik? Wo drückt der Schuh in Ihrer Kommune? Haben Sie Fragen, die Sie schon immer einmal einem Mitglied des Deutschen Bundestags stellen wollten? Die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hat begonnen und Sie haben den Eindruck, dass die Politik sich nach der Wahl eher weniger für Ihre Probleme interessiert? Dem ist nicht so! Diana Golze, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag sowie kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis 61 in den direkten Dialog treten. Dafür steht ab sofort neben den Bürgersprechstunden in den Wahlkreisbüros auch eine Wahlkreisumfrage auf der Internetseite der Abgeordneten zur Verfügung. „Nicht nur am Wahltag, son-

dern auch im Alltag werde ich wie bisher die Probleme der Menschen aufgreifen und mich um eine Lösung bemühen. DIE LINKE macht für ihre Politik gute und bezahlbare Vorschläge. Ich möchte weiterhin mit Ihnen dafür streiten, diese Vorschläge im Bundestag umzusetzen. Um Ihre Interessen und Meinungen hier vertreten zu können, möchte ich gern von Ihnen wissen, welche Vorstellungen, Wünsche und Forderungen Sie an die Bundespolitik haben. Ich lade Sie herzlich ein, die Fragen zu beantworten und durch Ihre eigenen Vorstellungen zu ergänzen. Sie können eine, mehrere oder alle Fragen beantworten, je nach dem, was Ihnen besonders wichtig ist. Ich bin gespannt auf Ihre Antworten und freue mich auf unseren Dialog.“ Die 29 Fragen aus unterschiedlichen Berei-



chen können online unter [www.diana-golze.de/wahlkreisumfrage](http://www.diana-golze.de/wahlkreisumfrage) beantwortet werden. Natürlich können

Sie sich hier die Fragen auch herunterladen, sie per Hand ausfüllen, sie faxen oder per Brief an das Bürgerbüro Dia-

na Golze, Straße der Einheit 53, 14806 Belzig, Fax: 0 33 841 / 438 80 zukommen lassen.

## Inhalt 4/2009

**Seite 1**  
**Rot-Rot in Brandenburg**  
 LINKE Handschrift

**Seite 2**  
**Fragenkatalog Golze**  
 Probleme in der Kommune  
**Gesundheitswesen**  
 Kahlschlag auf ganzer Linie

**Seite 3**  
**EDEKA und kein Ende**  
 Politischer Sprengstoff  
**Rüstungspolitik der USA**  
 Waffen statt Essen

**Seite 4**  
**Fahrradbeauftragter?**  
 Interview mit Heike Jacobs  
**Unfares Deutschland**  
 Zweierlei Maß  
**2 Jahre ALG I**  
 Längere Bezugsdauer!

**Seite 5**  
**LINKER Vorstand**  
 Kretzschmar´s Team  
**solid sucht noch Leute**  
 Jung, aktiv und grün-links

**Seite 6**  
**„Blühende Landschaften?“**  
 Der Preis für die Freiheit  
**NRW und der Bundesrat**  
 Wahl entscheidet alles

**Seite 7**  
**Wenn Generäle erklären**  
 Schönbohm analysiert  
**Altersteilzeit**  
 Förderung fortführen

**Seite 8**  
**Termine im Dezember**  
**DDR-Satire**  
 Was es nicht gab  
**Spenden an die Koalition**  
 Danke für 12 Millionen  
**Hartz-IV-Regelsätze**  
 Steigende Bedürfnisse

## Kahlschlag im Gesundheitswesen

Große Koalition plant Systemwechsel zu Lasten der Versicherten

Wer aufmerksam den Koalitionsvertrag der neuen schwarz-gelben „Kartoffelkäfer“-Koalition liest, dem wird klar, was auf die gesetzlich Krankenversicherten zukommt. Schon vor der Einführung des umstrittenen Gesundheitsfonds hatte sich die FDP klar positioniert. Sie stand und steht für eine einkommensunabhängige Kopfpauschale und die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie bedient wieder einmal mehr ihre Klientel und macht Apotheker, Ärzte sowie Pharmahersteller und private Krankenversicherer zu Gewinnern. Im kommenden Jahr soll wegen der im Mai in Nordrhein-Westfalen anstehenden Landtagswahl noch alles so bleiben wie bisher. Das heißt, es wird bei den gesetzlich Versicherten ein flächendeckender Zusatzbeitrag von einem Prozent des beitragspflichtigen Einkommens erhoben. Der Radikalumbau

wird nur deshalb nicht sofort begonnen, weil es noch eine Wahlkampfeschlacht im bevölkerungsreichsten Bundesland zu gewinnen gilt. Doch bereits heute zeichnet sich ab, dass ab dem zweiten Halbjahr 2010 mehr Geld im System benötigt wird, um das Einnahmedefizit bei den Krankenkassen auszugleichen. Ab 2011 sollen die Krankenkassen wieder eine höhere Beitragsautonomie erhalten. Das bedeutet, dass die verschiedenen Kassen wieder unterschiedlich hohe Beiträge erheben können. Allerdings wird der Anteil für die Arbeitgeber bei sieben Prozent eingefroren. Die einst paritätisch finanzierte Krankenversicherung wird somit endgültig entsolidarisiert. Noch verheerender ist, die einkommensunabhängige Berechnung des Arbeitnehmeranteils, die sogenannte Kopfpauschale. Einkommensunabhängig bedeutet: Alle gesetzlich Versicherten bezahlen den gleichen Betrag

unabhängig vom jeweiligen Einkommen. Des Weiteren soll das sogenannte Sachleistungsprinzip weitestgehend abgeschafft werden. Das hat zur Folge, dass die Arztpraxis erst einmal vorgestreckt werden muss und der Versicherte sich den Betrag von seiner Krankenkasse zurückholen muss. Diese erstatten jedoch nur noch einen Grundbetrag. Sonderleistungen, die über den Angebotskatalog hinaus gehen, müssen vom Versicherten selbst bezahlt werden. Praktiziert wird dies schon heute beim Zahnarzt. Die Praxisgebühr kommt ebenfalls auf den Prüfstand. Was jedoch nicht bedeutet, dass sie abgeschafft wird. Es wird vielmehr geprüft, für jeden Arztbesuch einen solchen Betrag zu erheben. Klaus Ernst, stellvertretender Parteivorsitzender DIE LINKE, meint dazu: „Nur ein Drittel der Wähler hat Schwarz-Gelb gewählt. Das ist kein

Mandat für einen Sozialkahl-schlag. Die Alternative zum schwarz-gelben Kahlschlag im Gesundheitswesen ist die solidarische Bürgerversicherung. Alle zahlen ein. Alle sind versichert. Alle können auf eine ordentliche Gesundheitsversorgung bauen. Das will DIE LINKE.“ Die geplante Umstrukturierung wird auch Auswirkungen auf die Krankenhauslandschaft haben. Es wird zwar weiterhin eine wohnortnahe Versorgung garantiert, hier soll aber der Schwerpunkt nur noch auf einer Notfallversorgung liegen. Alle anderen Leistungen sollen mit den Krankenkassen über Einzelverträge geregelt werden. Die Pflegeversicherung soll ebenfalls umgekrempelt werden. Dabei soll die Anschubfinanzierung der Pflegestützpunkte dem Rotstift zum Opfer fallen. DIE LINKE wird auch in Zukunft gegen eine Zwei-Klassen-Medizin kämpfen. A.K.



# Die LINKE unterstützt 30-Millionen-Investor

**Gepanter Edeka-Markt in der Neuendorfer Straße sorgt weiter für politischen Sprengstoff**

Eigentlich könnten die Ruinen der ehemaligen Stärkefabrik bereits abgeräumt sein und mit dem großen Bauvorhaben begonnen werden. Eigentlich... Denn deutlich und klar sprachen sich am 28. Oktober alle Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90-Die Grünen, die Gartenfreunde und Pro Kirchmöser für die Einleitung des vorgeschlagenen Bebauungsplanverfahrens auf dem Gelände an der Neuendorfer Straße aus.

Die FDP-Gruppe enthielt sich der Stimme. Wie von einer vorangegangenen Besprechung mit dem Investor zu erfahren war, soll die FDP aber weniger mit dem Vorhaben an sich ein Problem haben, sondern in erster Linie mit deren „Unterstützer“. Sie meinen damit „natürlich“: DIE LINKEN.

Bleiben einzig und allein die CDU und ihre Oberbürgermeisterin, die, wie bereits in den Monaten davor, gegen die Beschlussanträge der Linksfraktion und damit gegen die jetzige Chance einer Bebauung der Brachfläche an der Neuendorfer Straße stimmten.

Den letzten Antrag zur Einleitung eines diesbezüglichen Planverfahrens sollte eigentlich die Stadtverwaltung erarbeiten. Dazu hatte die Stadtverordnetenversammlung die Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann zuletzt in ihrem Beschluss vom 27. Mai diesen Jahres nochmals und ausdrücklich aufgefordert. Getan hat sie es nicht.

Stattdessen wurde bis zuletzt mittels teurer Gutachten und Gegengutachten weiter an einer effektiven Strategie laboriert, mit der die geplante 30-Millionen-Investition auf dem ehemaligen Stärkefabrikgelände verhindert werden kann.

Es ist kaum zu glauben, aber wahr. Zwanzig Monate sind bereits vergangen, seit der die Oberbürgermeisterin erstmals von dieser bedeutenden Investitionsabsicht in unserer Stadt erfuhr. Monatelang hielt sie es nicht für nötig, die Stadtverordneten

darüber zu informieren. Als das Projekt von den LINKEN im Herbst 2008 auf die Tagesordnung gesetzt wurde und damit deren Für und Wider in der Öffentlichkeit diskutiert werden konnte, vermied man weiter das gute und offene Gespräch mit dem Vorhabensträger.

Seltsamerweise konnte in aller Eile ein anderer Projektentwickler, der ehemalige stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Detlef Delfs, plötzlich und fast zeitgleich auf dem Nachbargrundstück, der alten Kammgarnspinnerei, seine Aktivitäten forcieren und nun sogar den Bau eines 1.550 Quadratmeter großen REWE-Marktes verkünden. Nach all den Monaten und den unzähligen Diskussionen mit der Stadtverwaltung kann wohl auch ein Laie erahnen, mit welcher Verbissenheit Tiemann und ihre CDU kämpfen, wenn es darum geht, ihr nicht genehme Investitionen von dieser Stadt fern zu halten.

Kurios wurde es in diesem Zusammenhang zum Schluss nur einmal, als einer der CDU-Stadtverordneten die von uns eingereichten Unterlagen mit dem Zollstock nachmaß, um auf deren Dicke aufmerksam zu machen. Ihm reichte die Zeit zum Lesen nicht aus und deshalb lehnte er den Bebauungsplanentwurf ab.

Während die Stadtverordnetenversammlung im Oktober sogar in einer von der CDU beantragten namentlichen Abstimmung mit 29 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen für eine Großinvestition auf der riesigen innerstädtischen Brache votierten, blockiert die Verwaltung das Vorhaben weiter. Die Oberbürgermeisterin prüfe nun die Beanstandung dieses SVV-Beschlusses, heißt es dazu aus dem Bauamt. Die Demokratie hat eben viele Gesichter in unserer CDU-regierten Stadt.

Ungeachtet dessen, hat zum Bebauungsplanverfahren „SB-Markt und Fachmarktzentrum Neuendorfer Straße“ mittlerweile auch die Landesplanungsbehörde

und die IHK in Potsdam die Auffassung der Mehrheitsfraktionen der Stadtverordnetenversammlung und des Investors bestätigt, dass dem geplanten Vorhaben keine unüberwindlichen Ziele der Raumordnung mehr entgegenstehen.

Die Fraktion DIE LINKE wird auch weiterhin den Investitionsabsichten der Firma

ISARKIES an dieser Stelle aufgeschlossen gegenüberstehen. Wir beabsichtigen, dieses Projekt im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger wohlwollend, aber auch kritisch zu begleiten.

Wir sind davon überzeugt, dass mit dem Bau des EDEKA- und Fachmarktzentums sowie einer uferseitigen Bebauung mit Eigenhei-

men auch das angrenzende Wohngebiet nachhaltig aufgewertet wird und dabei mit weitreichenden Impulsen zur Belebung dieses Stadtgebiets zu rechnen ist. Wir hoffen dabei, dass das seit mehr als zwanzig Jahren verwahrloste Areal innerhalb unseres Zentrumsrings nicht erst zur BUGA 2015 beräumt wird. A.F.

## Fakten: SB-Markt und Fachmarktzentrum Neuendorfer Straße

- Errichtung eines Verbrauchermarktes mit ca. 3.900 qm Verkaufsfläche
- Errichtung von Fachmärkten mit ca. 2.000 qm
- Errichtung von 380 Parkplätzen
- Errichtung von ca. 2.000 qm Wohnfläche als Einfamilien- und Doppelhäuser



Die ehemalige Stärkefabrik in der Neuendorfer Straße in Brandenburg an der Havel

# USA: mehr Menschen in Armut

**Rüstungsausgaben bei über 300 Milliarden Dollar**

Jeweils am vierten Donnerstag im November wird in den USA „Thanksgiving“ gefeiert, das auch als wichtigstes Familienfest des Jahres bezeichnet wird. Doch für viele Familien war in diesem Jahr der Tisch nicht reichlich gedeckt – ganz im Gegenteil.

Einem Bericht des US-Landwirtschaftsministeriums zufolge hatten 17 Millionen US-Haushalte bereits 2008 nicht genügend Geld, um alle Familienmitglieder ausreichend zu ernähren. Das sind fast 15 Prozent aller Haushalte und bedeutet einen Anstieg um gut drei Prozent gegenüber 2007.

Die Gründe für die schlechte Nahrungsversorgung sieht das Ministerium in der steigenden Armut, die sich vor

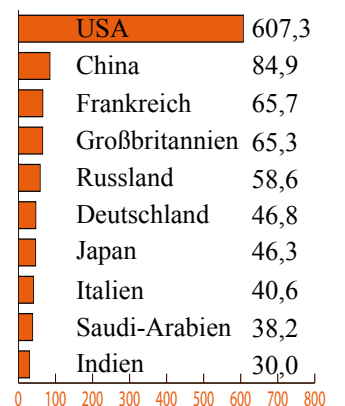
allem im Mangel an Essen, Unterkunft und Gesundheitsversorgung zeige. Wo bei Kinder ganz besonders von Armut betroffen sind, deren Zahl dem Bericht zufolge 2008 bei 16,7 Millionen lag.

Die globalen Militärausgaben sind nach den aktuell veröffentlichten Angaben des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung (SIPRI) im Jahr 2008 auf das Rekordniveau von 1.464 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Fast die Hälfte aller Rüstungsausgaben auf der Welt entfiel mit 45 Prozent auf die USA. Seit 2001 ist der Rüstungsetat der USA von 310,5 Mrd. Dollar auf 607,3 Mrd. Dollar gestiegen, das ist fast eine Verdopp-

lung. Grund sind die Kriege im Irak und in Afghanistan sowie der im eigenen Land ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, hieß es im SIPRI-Rüstungsjahrbuch. H.J.L.

## Staaten mit den größten Rüstungsetats 2008 (Mrd.)



Quelle: SIPRI

# Fahrradverkehr in BRB

LINKE fordert Fahrradbeauftragten | Ein Interview mit Heike Jacobs

Im Masterplan der Stadt Brandenburg an der Havel ist nicht viel über eine fahrradfreundliche Stadt zu lesen. Vielmehr verweist die Stadtverwaltung auf den Denkmalschutz und die Straßenverkehrsordnung und die damit verbundenen Schwierigkeiten. So leicht sollten es sich der Baubeigeordnete und unsere Oberbürgermeisterin nicht machen. Denn

einen Fahrradbeauftragten benennt. Warum ist er aus Deiner Sicht so notwendig?“  
**Heike Jacobs:** Das Fahren mit dem Fahrrad zählt zu den klimafreundlichsten, gesündesten und effizientesten Fortbewegungsarten. Die Schaffung und Wartung der nötigen Infrastruktur dafür ist bedeutend billiger als für den Kraftfahrzeugverkehr. Die Verwaltung sollte inten-

erzählen. In anderen Städten ist man da schon viel weiter. Warum also nicht auch bei uns?

**HAVELbrandung:** „Welche Aufgaben sollte der Fahrradbeauftragte übernehmen?“

**Heike Jacobs:** „Der Verantwortungsbereich des Fahrradbeauftragten der Stadt Brandenburg an der Havel könnte folgende Aufgaben umfassen:

**Die dringendsten „Problemfelder“ in unserer Stadt sind:**

- fehlende Fahrradabstellmöglichkeiten an zentralen Punkten im Innenstadtbereich
- zu hohe und zu scharfkantige Bordsteine
- lockeres, falsches und zu breites Fugenbild im Straßenpflaster
- fehlende, schlecht befahrbare, sogar gefährliche Fahrradwege sowie
- die Gefahrenquelle der Schienenkanten in der Hauptstraße

64 Städte und Landkreise in Deutschland sind uns hier weit voraus. Münster hat einen Fahrradbeauftragten, Dresden ist auf dem Weg zu einer Vollzeitstelle, sogar Potsdam hat einen Fahrradbeauftragten. Sie haben das, was wir dringend benötigen. Fahrradfreundliche Stadt – diese Auszeichnung muss hart erarbeitet werden. Brandenburg an der Havel sollte sich dies als Ziel setzen und einen Fahrradbeauftragten benennen. Die Stadtverordnete Heike Jacobs (DIE LINKE) hat sich mit der Thematik umfassend beschäftigt. Mit ihr sprach die Redaktion der Havelbrandung.

**HAVELbrandung:** „Heike, Du bist selbst eine aktive Radfahrerin. Welche Punkte stören Dich am vorhandenen oder nicht vorhandenen Radwegenetz der Stadt?“

**Heike Jacobs:** „Leider wird das Radfahren in unserer Stadt häufig als unattraktive Notlösung angesehen. Das Non plus ultra scheint immer die motorisierte Mobilität zu sein. Das stört mich sehr. Oft begegnet mir großes Unverständnis, wenn ich über meine „rädliche Mobilität“ berichte. Vielleicht ist dies aber auch unserer brandenburgischen Radwegesituation geschuldet.“

**HAVELbrandung:** „Du möchtest, dass die Verwaltung

sive Anstrengungen unternehmen, den Brandenburgern das Fahrradfahren zu erleichtern und alltägliche, strukturelle Probleme bürgerorientiert lösen. Damit könnten wir aktiv zur Reduzierung der klimaschädlichen



Kohlendioxid-Emission beitragen. Denn ein Hauptverursacher dieser ist der motorisierte Individualverkehr. Von Feinstaub und Lärm will ich gar nicht erst anfangen zu

• Als Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungsmitarbeiter für Fragen rund ums Fahrrad zur Verfügung zu stehen

• Aufnahme von Wünschen, Kritik und Anregungen zur Verbesserung des Radverkehrs

• Vertretung der Belange der Radfahrer innerhalb der Verwaltung bei Planungen

• Regelmäßige Berichterstattung in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung über fahrradspezifische Angelegenheiten

• Koordinierung von Initiativen zur Steigerung der Fahrradfreundlichkeit und Fahrradaktivitäten

• Erarbeitung eines Fahrradkonzeptes und Radwegeplans für die Stadt.

Dringend erschiene mir auch die Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt. Es gibt also ein enormes Handlungspotential!“

**HAVELbrandung:** „Worin liegt das Ziel Deiner Bemühungen?“

**Heike Jacobs:** „Durch die Benennung einer/eines Beauftragten trägt die Stadtverwaltung der Bedeutung dieses Themas Rechnung. Fahrrad-spezifische Belange finden regelmäßig angemessenen Raum in der Arbeit von Verwaltung und Politik. Ich denke, es genügt nicht, den Nicolaipark fahrradfreundlicher umzugestalten oder eine kleine Radspur am St. Annen-Center zu markieren. Diese umfassende Thematik muss ganzheitlich angegangen werden. Unser Klima, unsere Gesundheit und unsere effiziente Mobilität können davon deutlich profitieren.“

**HAVELbrandung:** „Vielen Dank und viel Erfolg mit dem Antrag.“  
 A.K.

# Deutschland

Unfair: Soziale Gerechtigkeit mit zweierlei Maß

Als trauriges Beispiel für die herrschende soziale Ungerechtigkeit sei hier der Fall einer Kassierererin angeführt, die von ihrer Firma trotz langjähriger Zugehörigkeit fristlos gekündigt wurde, weil sie zwei Flaschenbons im lächerlichen Wert von 1,30 Euro unterschlagen haben soll. Was man kaum für möglich hält: Das zuständige Arbeitsgericht fand das auch noch in Ordnung. Andererseits gibt es für Aktionäre, Vorstände und Chefs, deren Banken wegen vielen Milliarden Verlusten verstaatlicht werden mussten, sogar noch hohe Bonuszahlungen. Auch das sei, so heißt es lapidar, gesetzeskonform.

Damit steht zweifellos fest: Es gibt in dieser bundesdeutschen Gesellschaft eine Zweiklassenjustiz. Wer zu den Etablierten gehört, wird vom Staat und seinen Gerichten nachsichtig behandelt, was man von den Mitgliedern des unteren Teils der Gesellschaft nicht sagen kann. Wegen lächerlich kleiner Verfehlungen werden sie – wahrscheinlich zur Abschreckung – kurzerhand gefeuert (die

sogenannte Bagatellkündigung). Auch in Sachen Reichtum geht es sehr ungerecht zu. Ganze zehn Prozent der deutschen Gesellschaft verfügen über mehr als sechzig Prozent des gesamten Privatvermögens der Bundesrepublik, während das untere Drittel nicht nur kein Vermögen, sondern oft sogar noch hohe Schulden hat. Dass sich hier sozialer Konfliktstoff ansammelt, ist kaum verwunderlich.

Deutschland hat zwar eine Demokratie, die durchaus verbesserungswürdig wäre, aber klammheimlich wird es auch von einer Diktatur regiert. Es ist zwar eine unsichtbare, dafür aber knallharte Diktatur, nämlich die des Kapitals. Sie bestimmt, wo es lang geht.

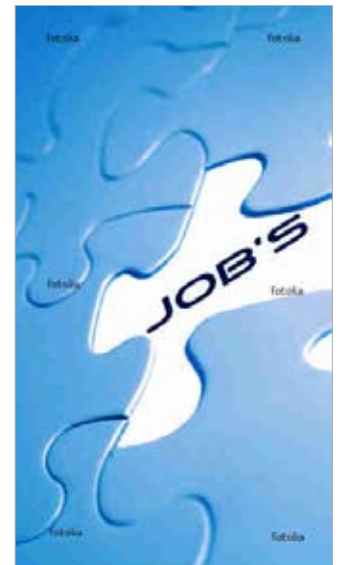
Da keine der etablierten Parteien auch nur einen Millimeter etwas daran geändert hat, darf sich der Staat nicht wundern, wenn viele Bürger sich ausgegrenzt fühlen und bei den Wahlen der Wahlurne einfach fernbleiben – was zwar bequem ist, aber leider auch nicht weiterhilft. W.W.

## Zwei Jahre ALG I

LINKE fordert längere Bezugsdauer

Die Fraktion DIE LINKE fordert eine befristete Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf zwei Jahre. Viele der derzeit von Kurzarbeit Betroffenen seien aktuell von Arbeitslosigkeit bedroht, begründet die Fraktion in einem Antrag ihren Vorstoß. Wer arbeitslos werde, erhalte jedoch unter den derzeitigen Bedingungen in der Regel längstens zwölf Monate lang Arbeitslosengeld I. Um drastische Einkommens- und Vermögensverluste durch einen anschließenden Absturz in „Hartz IV“ zu verhindern, sei die längere finanzielle Absicherung privater Haushalte durch das Arbeitslosengeld I in der Wirtschaftskrise vorübergehend ein „zwingendes Gebot“. Daher hat die Linksfraktion die Bundesregierung aufge-

fordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die ALG-I-Bezugsdauer für alle Anspruchsberechtigten befristet bis 2012 auf 24 Monate erhöht. P.Z.



Ein neuer Job läßt oftmals etwas länger auf sich warten.



# Starkes Team um Vorsitzenden René Kretzschmar

Der Stadtverband der Linkspartei hat neuen Vorstand gewählt

DIE LINKE in Brandenburg an der Havel hat einen neuen Vorstand. Am 14. November ist der Vorsitzende René Kretzschmar (30) wiedergewählt worden. Teilweise neu ist die Mann- und Frauschaft hinter ihm. Vor allem hat sich der Vorstand stark verjüngt. Mit Anne Liebscher ist eine engagierte Schülerin von der Linksjugend [solid] bereits kurz vor ihrem 18. Geburtstag in den Vorstand aufgerückt.

Die Diskussionen im Vorstand werden künftig sicher lebhafter, zumal DIE LINKE nunmehr im Land Brandenburg Regierungspartei ist und damit viel stärkere Beachtung bei der Bevölkerung findet.

Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern soll ausgebaut werden, auch deshalb wurde der Vorstand auf 14 Mitglieder vergrößert. Durch die Wahl von Andreas Kutsche (32) ist der gewerkschaftliche Einfluss im Vorstand gestärkt. Die bisherigen Stellvertreter



Der neue Vorstand der LINKEN ist gewählt: Lutz Krakau, Jürgen Vogler, Anne Liebscher, Andreas Kutsche, René Kretzschmar, Andreas Martin, Alfredo Förster, Elisabeth Scholz, Werner Müller, Ilona Friedland (v.l.n.r.)

Lutz Krakau (56) und Ilona Friedland (59) sowie der Schatzmeister Werner Müller (57) gehörten bereits

dem vorherigen Vorstand an und sind im Amt bestätigt worden. Auch wiedergewählt wurden Heike Jacobs

(38), die stark auf umweltpolitische Belange achtet. Mit immerhin fast 75 Jahren bringt Elisabeth Scholz

die meiste Lebenserfahrung mit. Auch Elke Kroll (60) und Dr. Uta Sändig (58) sind erfahrene Parteimitglieder, wobei Uta Sändig als Dozentin an der Uni Potsdam den hochschul- und bildungspolitischen Part im Vorstand stellt. Selbstverständlich gehört auch wieder Alfredo Förster (52) als Fraktionsvorsitzender dem Vorstand an. Petra Heimbuch (53), Jürgen Vogler (63), und Andreas Martin (41) sind weitere Mitglieder im neu gewählten Vorstand.

Eine der nächsten wichtigen Aufgaben der Vorstandsmitglieder wird es sein, die Zusammenarbeit mit der SPD in Brandenburg zu stabilisieren. Das soziale Brandenburg braucht diese Zusammenarbeit, das wurde auch in der Rede des Fraktionsvorsitzenden Förster deutlich. Auch wenn er das Verhalten der SPD erneut gerügt hat, so hat Förster doch auch Zuversicht gezeigt, dass diese Zusammenarbeit gelingen kann. A.M.

## Jung, aktiv und grün-links - auch nach der Wahl

Die Linksjugend [solid] sucht Mitstreiterinnen und Mitstreiter

### linksjugend [solid]

Was wir auf keinen Fall sind: verklemmte Jugendliche, die den Bürgerlichen in Stil und Ausdruck nacheifern - politisch sein heißt nicht, keinen Spaß zu haben! Das merkt Ihr sofort, wenn Ihr bei einem unserer Treffen seid. Nicht zuletzt schreiben wir uns noch andere Werte auf die Fahne: Antifaschistisch, basisdemokratisch, feministisch und sozialistisch. Uns gibt es nun mittlerweile ein Jahr lang und was wir erreicht haben, ist ordentlich. Wir beteiligen uns an Demonstrationen gegen Rechts und haben diese teils maßgeblich mitgestaltet („HUPT die NaziPD aus der Stadt“). Wir informieren nicht nur, sondern mobilisieren auch.

Was den meisten unter Euch noch in Erinnerung sein dürfte, ist der Bildungsstreik, der von uns initiiert wurde und dank der Hilfe von Interessierten zu einem ansehnlichen Erfolg für die Brandenburger Jugend wurde. Auch beim Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ waren wir dabei und stehen noch immer zu den Zielen. Als Jugendverband sehen wir es als unsere Aufgabe an, das Handeln von DIE LINKE kritisch-solidarisch zu begleiten und Einfluss zu nehmen. Das gilt auch für die neue rot-rote Koalition. Dass Themen, die uns viel Zeit, Kraft und Engagement gekostet haben, genauso behandelt werden wie unter schwarz-rot, ist nicht hinnehmbar. So verhält es sich mit dem Ausstieg aus der Kohlekraft bis 2040, der unterirdischen Kohlendioxidlagerung, aber auch

mit der Gemeinschaftsschule, versteckten Studiengebühren sowie der Unterfinanzierung des Bildungssystems in Schule und Hochschule. Ein Umfallen in diesen Bereichen sehen wir als Verrat an Wähler- und WahlkämpferInnen, Bündnispartnern und nicht zuletzt auch am Wahlprogramm selbst. Uns fällt es schwer, mit dieser Politik auf die Straße zu gehen und uns dafür zu rechtfertigen. Nun ist es auch unsere Aufgabe, DIE LINKE nach vorn zu treiben und unsere Ziele im Land zu äußern und eine Umsetzung dieser zu fordern. Neben Aktion nach außen, sind wir auch intern aktiv. Zum diesjährigen Landtagswahlkampf gab es eine sehr erfolgreiche Kampagnentour des Landesverbandes, die durch Aktive unserer Ortsgruppe unterstützt wur-

de. So konnten wir viele neue Mitglieder aus anderen Städten und Landkreisen kennenlernen. Wer Interesse hat, sich politisch zu engagieren, neue Leute kennenzulernen, in interessanten Workshops zu lernen und mit unseren Prin-

zipien etwas anfangen kann, sollte bei uns auf jeden Fall mal vorbei schauen. Wir treffen uns jeden Dienstag um 18 Uhr, Altstadtischer Markt 2 (Parteibüro DIE LINKE) oder meldet euch per Mail an [lj-solid@dielinke-brb.de](mailto:lj-solid@dielinke-brb.de).



[solid] will nicht nur mitreden, sondern auch mitkämpfen

# Ein hoher Preis für die Freiheit

Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund und Kriminalität statt „blühender Landschaften“

Mit der Wiedervereinigung ist es wie mit einem halb vollen oder halb leeren Glas. Man kann hierzu geteilter Meinung sein. Zur Erinnerung: 1989 gingen, nach vierzig Jahren DDR, die Leute auf die Straße. Sie protestierten für mehr Freiheit und Demokratie. Durch das Land gellte damals der Ruf: „Wir sind das Volk“. Die protestierenden Menschen wollten einen besseren Staat. Aber im Hintergrund wurden klammheimlich Fäden gezogen, mit dem Ziel, keine bessere DDR zuzulassen, sondern diesen Staat ganz abzuschaffen. Das gelang dann auch fast mühelos mit dem Schlachtruf: „Wir sind ein Volk“. Geschmückt mit falschen Vorstellungen begehrten schließlich die meisten Menschen jene hoch gepriesene Einheit.

Als diese besiegelt war, sah die so begehrte Freiheit anders aus, als erhofft. Viele Menschen verloren ihren Arbeitsplatz, die meisten sogar für immer. Sie mussten „stempeln“ gehen, waren auf Stütze angewiesen oder wurden als Vorruheständler in Rente geschickt. Die ist aber auch nach zwanzig Jahren immer noch nicht an das westdeutsche Rentenniveau angeglichen.

Währenddessen wurde die dahingegangene DDR systematisch geplündert und platt gemacht. Selbst anerkannte



„Blühende Landschaften“ - naturtechnisch im Brandenburger Land kein Problem! Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund und Kriminalität gehören zu den Schattenseiten der Freiheit.

Betriebe, die nach modernen Gesichtspunkten produzierten, gingen aus Konkurrenzgründen bald den „Bach herunter“. Übrig blieben lediglich vereinzelte industrielle Leuchttürme.

Die Folgen für die Ostdeutschen waren verheerend. Mit der rapide steigenden Arbeitslosenrate stiegen auch die Zukunftsängste vieler Menschen, sank die Lebensfreude, mitunter sogar das Lebensniveau. Dafür stieg die Kriminalitätsrate, besonders bei schweren Delikten, wie Raub und Mord. Dazu kamen Drogenmissbrauch und Prostitution. Auch die ärzt-

liche Versorgung bereitete zunehmend Schwierigkeiten, denn es trat bald ein akuter Ärztemangel auf.

Ein anderes Problem ist der Wegzug insbesondere junger Menschen in die alten Bundesländer. Keineswegs aus Spaß, sondern weil sie existenzsichernde Arbeit oft nur dort finden. Durch den schmerzlichen Weggang der neuen Generation ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung inzwischen auf fast 45 Jahre angewachsen.

Dies hat weiterhin zur Folge, dass die Geburtenrate seit der Wende zeitweilig so tief sank, wie einst zu Zeiten

des Dreißigjährigen Krieges vor etwa 350 Jahren, als das ganze Land schwer verwüstet war. Dass damit immense Schulschließungen verbunden sind, verwundert kaum noch. Allein im Land Brandenburg sind seit 1993 525 Bildungseinrichtungen dicht gemacht worden. Letztlich ist ein allgemeiner Bevölkerungsschwund unübersehbar, der weiter anhalten wird. Es gibt bereits heute Dörfer, die auszusterben drohen.

Wirklich von Interesse ist die Ex-DDR lediglich für die großen Handelsketten und für diverse Warenproduzenten aus den alten Bundesländern,

weil sie einen profitablen Absatzmarkt darstellt.

Von der eigentlichen DDR soll nichts Positives übrig bleiben. Ins öffentliche Bewusstsein werden einzig alle negativen Seiten des untergegangenen Staates geholt und fleißig „am Kochen“ gehalten. Dies geschieht nicht ohne Berechnung, denn die Ex-DDR soll als abschreckendes Beispiel dienen und von den eigenen Schwächen, Fehlern, Mängeln und Gebrechen, die es in unserer heutigen Gesellschaft zur Genüge gibt, ablenken.

Es ist, allgemein gesehen, ein Wechselspiel. Wer sich auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft befindet, wird sie vehement verteidigen. Viele Menschen aber müssen froh sein, einigermaßen über die Runden zu kommen. Für sie endet die große Freiheit auf „Balkonien“ oder im kleinen Schrebergarten. Aber selbst der wird wegen steigender Pacht immer teurer.

Gleiches gilt übrigens auch für den, der diese ungerechte Welt eines Tages für immer verlässt. Das Leben ist nicht umsonst und der Tod schon gleich gar nicht. Denn auch er langt kräftig zu oder zumindest seine geschäftstüchtigen Wegbegleiter.

Dafür aber gibt es jetzt jede Menge Freiheit, wenn auch zu horrenden Preisen. W. W.

## NRW-Wahl entscheidet Mehrheit im Bundesrat

Bei der Landtagswahl 2010 steht für Schwarz-Gelb nicht nur Ministerpräsident Rüttgers zur Wiederwahl



Die Koalitionsverhandlungen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung um Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) fanden aus gutem Grunde in der Landesvertretung von

Nordrhein-Westfalen (NRW) statt. Im Mai kommenden Jahres geht es bei der dann anstehenden Landtagswahl in Deutschlands einwohnerreichstem Bundesland um nichts weniger als die Mehrheit im Bundesrat, die für viele Gesetze gebraucht wird. Bleibt die CDU-FDP-Koalition um Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) in Düsseldorf an der Macht, würde Schwarz-Gelb seine Mehrheit in der Länderkammer behalten. Die Zahl der Stimmen im Bundesrat für jedes Land ist nach einem Stu-

fensystem bemessen, das die Einwohnerzahl der Länder berücksichtigt. Nach diesem Stufensystem sind im Bundesrat die 16 Bundesländer mit insgesamt 69 Stimmen durch ordentliche Mitglieder vertreten. Die für Beschlüsse erforderliche absolute Mehrheit ist ab 35 Stimmen erreicht. Schwarz-Gelb hat derzeit im Bundesrat 37 Stimmen. Sie besitzen damit noch die Mehrheit. Nordrhein-Westfalen verfügt im Bundesrat über sechs Stimmen. Die Erfahrung zeigt, dass die Sieger einer Bundestagswahl

- Jedes Bundesland hat mindestens drei Stimmen
- Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier Stimmen
- Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern haben fünf Stimmen
- Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern haben sechs Stimmen

bei anschließenden Landtagswahlen oft abgestraft werden. In dem Moment, in dem in der Regierung in Berlin unpopuläre Maßnahmen getroffen und Einsparungen beschlossen werden, könnte das zu dramatischen Einbußen bei den derzeit Regierenden in

Nordrhein-Westfalen und sogar zu einem Machtwechsel führen. Will der neue bundesdeutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die unsoziale Steuerreform aus diesem Grund auf die Zeit nach den NRW-Wahlen verschieben? K.E.



# Wenn uns Generäle die Welt erklären ...

Ex-Innenminister Jörg Schönbohm analysiert die Ostdeutschen



Rückblende in den September 1992: Generalleutnant von Scheven, Nachfolger von Jörg Schönbohm im Amt des Chefs des „Territorialkommando Ost“, besucht eine Kurt-Tucholsky-Ausstellung in Rheinsberg, die ihn derart empört, dass er auf offiziellem Bundeswehr-Briefbogen einen wütenden Brief an den Rheinsberger Bürgermeister schreibt. Die Ausstellung, so der General, zeige Tucholsky und sein Werk „...als Hintergrund für die Agitation des SED-Staates gegen die Bundesrepublik Deutschland und die Bundeswehr vor der Vereinigung in derart penetranter und primitiver Machart“, dass er sich frage, „welche Rolle der Hersteller und Stifter dieser Ausstellung in der DDR gehabt hat ... die die Stadt Rheinsberg verpflichten könnte, das Machwerk nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte verschwinden zu lassen...“.

Dann der peinliche Aha-Effekt: Der Ausstellungsmacher, Richard von Soldenhoff, ein namhafter und international anerkannter Tucholsky-Kenner, ist seit Jahrzehnten SPD-Mitglied und lebt im Münsterland.

Diese und ähnliche Blindflüge bundesdeutscher „Experten“ in die Untiefen der

DDR-Geschichte kamen mir bei dem Artikel unseres Ex-Innenministers Schönbohm „Die Lust am Beleidigtsein“ in den Sinn. Noch einmal fühlte sich Herr Schönbohm berufen, uns seiner deutsch-deutschen Innenansichten teilhaftig werden zu lassen. Ja, so fragt sich Herr Schönbohm, was ist da bloß passiert, seitdem es den DDR-Bürgern gelungen war, „... aus eigener Kraft, die Fesseln der SED-Zwangsherrschaft zu sprengen...?“ Doch zwanzig Jahre nach der Wende und Vereinigung, moniert Schönbohm, hätten wir Deutschen leider unsere besondere Verpflichtung vergessen, mit ganzer Kraft für das Zusammenwachsen unseres Landes zu arbeiten, wobei er wenig Zweifel daran lässt, wer Hauptadressat seiner Kritik ist.

Die demoskopischen Pulsmesser vom Allensbach-Institut haben Umfragen zufolge ausgemacht, dass sich in den neuen Bundesländern noch immer jeder Zweite nicht als Deutscher, sondern als Ostdeutscher fühle, während sich in den alten Bundesländern nur 25 Prozent ausdrücklich als Westdeutsche empfinden würden.

Wer Schönbohms Erleuchtungen über all die Jahre genießen durfte, kennt in-

zwischen die Diktion und ahnt das Ergebnis seiner Land-und-Leute-Analyse. Da war am Anfang zunächst die große Geduld mit dem kleinen, mutigen Ostvolk. Ganz klar: Wer noch mit der Nabelschnur in der Hand direkt von der Mutterbrust in die Krippe musste, zu früh und auch noch gemeinschaftlich getopft wurde, wenn überhaupt, nur heimlich beten durfte und sich ständig vom „Ich“ zum „Wir“ verbiegen sollte, bei dem müssen „... vier Jahrzehnte kommunistische Indoktrination Spuren hinterlassen haben“.

Die Besten, meint Schönbohm, rund 3,4 Millionen Menschen, hätten sich ohnehin dieser Drangsal durch Flucht entzogen, was dann natürlich direkt in die „Entbürgerlichung“ der DDR-Gesellschaft geführt habe. Man müsse sich also gar nicht über Rechtsextremismus, Kriminalität und Kindesvernachlässigung in Neu-Fünf-Land wundern. So werden dann auch aus vergleichbaren Tragödien bedauerliche Einzelfälle im Westen und systembedingte DDR-Spätfolgen im Osten.

Aber auch Schönbohms Nach-

sicht mit uns und unserer versauten DDR-Biografie hat ihre Grenzen. „Ein ehrliches Gespräch über die Folgen von vierzig Jahren „real existierendem Sozialismus“ und den alternativen Weg der Menschen in der Bundesrepublik ist kaum noch möglich, ohne dabei ganze Landstriche gegen sich aufzubringen.“ Bestehen etwa immer noch Leute darauf, es hätte in der DDR-Diktatur ein paar glückliche Menschen gegeben haben können?! Herr Schönbohm empfindet sich als einen selbstkritischen Geist, der sich die schwierige Frage stellt, „... was bei uns Westdeutschen falsch gelaufen ist“ und auch schon die Antwort parat hat: „Ich denke, wir haben in den zurückliegenden Jahren in den Gesprächen zu wenig von uns berichtet – über die harte Arbeit in der alten Bundesrepublik...“

Wo denken Sie hin? Von den proklamierten hoch gekrempeelten West-Ärmeln haben wir doch sogar schon träumen können. Aber so ist das eben bei Experimenten am lebenden Organismus: Man kann sich im Vorfeld des Ergebnisses nie ganz sicher sein.

Vergleichbare Erfahrungen radikalster Umwälzungen aller Lebensbereiche, wie im Osten geschehen, hatten Ihre westlichen Landstrich-Deutschen weder im Ruhrgebiet, im Saarland noch anderswo machen müssen.

Aber nun sind Sie mal nicht sauer, vielleicht sind wir „gelernten Ossis“ Ihnen nur eine kleine Lebenserfahrung voraus, die der Kabarettist Peter Ensikat im Vorwort seines Buches „Populäre DDR-Irrtümer“ so beschreibt: „Das Politbüro der SED hatte eine Gemeinsamkeit mit dem Vorstand der Deutschen Bank. Beide wurden nicht vom Volke gewählt, und beide hatten, beziehungsweise haben, zu viel Macht. Es sind nicht die Unterschiede zwischen beiden von mir erlebten Systemen, die mich erschrecken. Es sind die Ähnlichkeiten. Von der politischen Gängelei zum ökonomischen Druck. Die Zwänge wechseln, der Zwang bleibt.“ So sehen viele Linke die DDR viel kritischer als Sie es, Herr Schönbohm, glauben machen wollen, nur im Unterschied zu Ihnen: Wir haben in beiden Systemen unsere Erfahrungen gemacht. *H.J.L.*

## Förderung der Altersteilzeit

DIE LINKE: Bundesagentur für Arbeit soll Förderung fortführen



Altersteilzeit eröffnet Freiraum für andere schöne Erlebnisse

Die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit soll nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE auch nach dem Jahresende fortgeführt werden. Die geförderte Altersteilzeit habe sich als sinnvolles Instrument erwiesen, älteren Beschäftigten einen flexiblen

Übergang vom Erwerbsleben in die Rente zu ermöglichen, schreibt die Linksfraktion. Gleichzeitig diene sie für junge und erwerbslose Menschen als „Brücke in Beschäftigung“ und trage somit zu einem solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen bei. Dieser Ausgleich

sei insbesondere angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise notwendig, heißt es in der Vorlage, die vor kurzem auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Da die durch die Bundesagentur für Arbeit geförderte Altersteilzeit Ende 2009 auslaufen soll, droht das Instrument an Bedeutung zu verlieren. Ab Anfang 2010 soll Altersteilzeit nur noch für diejenigen gefördert werden, die die Bedingungen für die Leistung noch vor dem Jahreswechsel erfüllt haben. Daher fordert die Linksfraktion die Bundesregierung auf, die Förderung der Bundesagentur für Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz auch nach dem 31. Dezember 2009 fortführen. *P.Z.*

# Achtung – Satire!!

Was es alles in der DDR nicht gegeben hat

Wir verraten kein Geheimnis, dass die DDR ein ganz schlimmer Mangelstaat war. Um auch den Nachgeborenen hiervon Kenntnis zu geben, was an diesem Staat so alles fehlte, haben wir uns erlaubt, einmal eine kleine Liste dieser chronologischen Mangelerscheinungen zusammenzustellen.

Dazu gehörten: Rauschgift, Prostituierte, Pornografie, haufenweise Krankenkassen, Banken und Versicherungen, Steuerberater, Rechtsanwälte und Psychologen. Es gab auch keine Kinderarmut, Ein-Euro-

Jobs, Sozialhilfeämter, Suppenküchen und Tafeln für mittellose Menschen, Wohngeldstellen.

Und natürlich gab es auch keine Kasernen mit Namen von fragwürdigen Nazigrößen, keine Literatur, die Kriege verherrlicht, keine Krieger- und Schützenvereine, auch keine Kameradschaften und Parteien, die das Nazireich und seine Vertreter idealisiert haben, keine Konzerne, keine Börsen, keine Milliardäre, ja nicht einmal Obdachlose.

Und was ganz schlimm war: Jeder, der im Vollbesitz seiner

körperlichen und geistigen Kräfte war, musste in diesem Staat auch noch regelmäßig arbeiten gehen. Es soll in dieser verblichenen DDR darauf ein verbrieftes Recht – einige Leute sprechen sogar von einem Menschenrecht – gegeben haben.

Allein dieser Tatbestand beweist eindeutig, dass dieser DDR keine Zukunft beschieden sein konnte, sondern sie wohl irgendwann ihren Geist aufgeben würde. Was dann ja 1989 auch endlich wunschgemäß geklappt hat.

W.W.

Die Gewinner unseres letzten Preisrätsels sind:

1. Christel Schulz
2. Dagmar Bading
3. Erhard Behle

*Herzlichen Glückwunsch!*

## Was Wann Wo

- 01.12.2009** Infostand zum Welt-Aids-Tag, 16.00 Uhr, Neustädtischer Markt
- 07.12.2009** Fraktionssitzung, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 08.12.2009** [ ´solid] trifft sich, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 08.12.2009** Jahresabschluss BO-INN, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 10.12.2009** Vorstandssitzung, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 14.12.2009** Fraktionssitzung, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 15.12.2009** [ ´solid] trifft sich, 18.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 16.12.2009** Frühstück für Jedermann, 09.30 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2
- 16.12.2009** Stadtverordnetenversammlung, 16.00 Uhr, Altstädtisches Rathaus
- 17.12.2009** Jahresabschluss AG Senioren, 15.00 Uhr, Geschäftsstelle, Altstädtischer Markt 2

## 12 Mio € Spenden

Die Koalition bedankt sich bei Banken und Versicherungen



„Die 12 Millionen Euro Spenden, die alle im Bundestag vertretenen Parteien außer der LINKEN seit 1998 von Banken und Versicherungen erhalten haben, waren nicht für die Katz“, stellt Ulrich Maurer angesichts der aktuellen Zahlen über Parteispenden von Allianz, Deutscher Bank, Commerzbank & Co. und der von der Koalition beabsichtigten Wohltaten für Banken und Versicherungskonzerne fest. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter: „Die Koalition lässt

sich nicht lumpen und begleicht die Rechnung prompt: Die Pflegeversicherung soll teilprivatisiert, die privaten Krankenversicherungen sollen gestärkt werden. Und die Banken freuen sich über die angekündigte Ankurbelung der Kreditverbriefungen.

Eine aktuell von der Linksfraktion erstellte Auswertung der Rechenschaftsberichte der Parteien zeigt: Die CDU kassierte seit 1998 von Banken und Versicherern 6,32 Millionen Euro, die FDP 2,98 Millionen und die CSU 1,06

Millionen. Schon Rot-Grün hatte sich seinerzeit mit der Teilprivatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung für die seit 1998 geflossenen 1,61 Millionen Euro Spenden an die SPD und 0,67 Millionen an die Grünen bedankt. DIE LINKE wurde mit keinem Cent bedacht.

„Angesichts dieser Zahlen lautet meine Prognose: Die immer schon nach Kräften gekaufte Republik wird unter Schwarz-Gelb noch ein ganzes Stück käuflicher werden.“

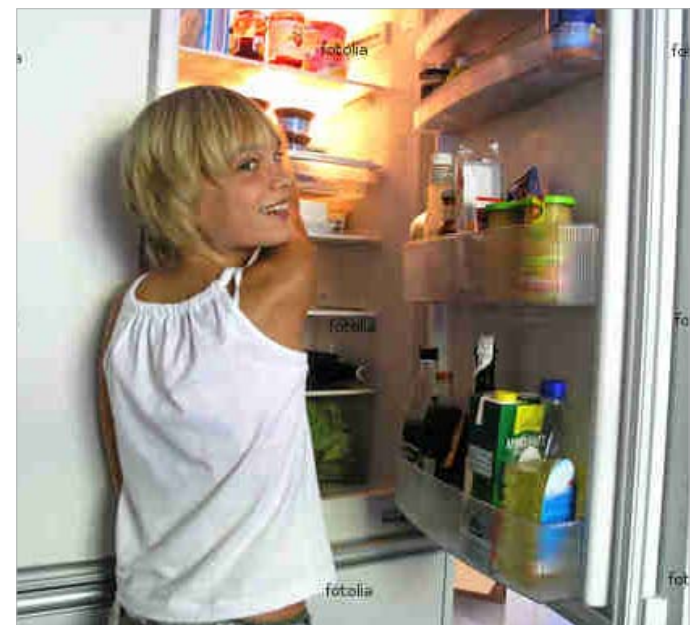
Ulrich Maurer

## Hartz-IV-Sätze

LINKE drängt auf Erhöhung

Für eine Anhebung der „Hartz-IV“-Regelleistungen für Kinder und Jugendliche macht sich die Bundestagsfraktion DIE LINKE stark. In einem Antrag fordert sie die Einberufung einer Kommission, die bis spätestens Ende kommenden Jahres eine eigenständige und nach Altersgruppen spezifizierte Bedarfsermittlung von Kin-

dern und Jugendlichen in der Grundsicherung vorlegen soll. Für die Übergangszeit sollen die Regelleistungen für Kinder unter sechs Jahren auf 276 Euro, für Kinder von sechs bis unter 14 Jahren auf 332 Euro und für Jugendliche ab Beginn des 15. Lebensjahres auf 358 Euro festgelegt werden. P.Z.



Kinder und Jugendliche haben sowohl andere als auch steigende Bedürfnisse - hier bedarf es einer Anhebung

### IMPRESSUM:

**HAVELbrandung.** Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel. Ausgabe 04/2009. Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel. Altstädtischer Markt 2. 14770 Brandenburg an der Havel. V.i.S.d.P. René Kretzschmar. E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH. Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus. Auflage: 35.000 Stück. **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche. Redaktionsmitglieder: W. Müller, P. Zimmermann, H.-J. Laß, A. Martin, W. Weise. **Bildnachweise:** 1. DIE LINKE 2. Grafik by DIE LINKE 3. DIE LINKE; Grafik by JDeisler@freivonform (Quelle: SIPRI) 4. DIE LINKE; HeinoPattschull@fotolia.com 5. DIE LINKE; JDeisler@freivonform 6. JDeisler@freivonform; openwater@fotolia.com 7. York@fotolia.com; FranzPfluegl@fotolia.com 8. Niceshot@fotolia.com; Phototom@fotolia.com **Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE.** Altstädtischer Markt 2. 14770 Brandenburg an der Havel Mo/Di/Do 9.00 - 17.00 Uhr, Mi 9.00 - 13.00 Uhr Telefon 0 33 81 / 22 47 33. Fax 0 33 81 / 22 99 61. Web www.dielinke-stadt-brb.de. E-Mail info@dielinke-stadt-brb.de